Abgeordnetenhaus BERLIN

**Drucksache 18/1440 Neu-2**
12.12.2018

18. Wahlperiode

# Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

zur
Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/1440 Neu

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Nachtragshaushaltsgesetz 2018/2019 – NHG 18/19)**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 18/1440 Neu – Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Nachtragshaushaltsgesetz 2018/2019 – NHG 18/19) – wird mit folgender Änderung zugestimmt:

## A. Der Gesetzestext wird wie folgt geändert

I.

§ 1 (Neufeststellung des Haushaltsplans) erhält folgende Fassung:

Der dem Haushaltsgesetz 2018/2019 vom 19. Dezember 2017 (GVBl. S. 678) als Anlage bei- gefügte Haushaltsplan von Berlin für die Jahre 2018 und 2019 wird nach Maßgabe des diesem Gesetz beigefügten Nachtragshaushaltsplans für 2018 in Einnahmen und Ausgaben auf 28.985.202.200 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 10.717.672.900 Euro und für 2019 in Einnahmen und Ausgaben auf 29.818.885.000 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 17.219.991.300 Euro neu festgestellt, und zwar

1. für das Haushaltsjahr 2018
   a) in den Einzelplänen 01 bis 29 auf Einnahmen und Ausgaben von 19.858.339.500 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 10.515.397.300 Euro sowie
   b) in den Einzelplänen 31 bis 45 (Bezirkshaushaltspläne) unverändert.

2. für das Haushaltsjahr 2019
   a) in den Einzelplänen 01 bis 29 auf Einnahmen und Ausgaben von 20.578.743.300 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 17.087.556.700 sowie
   b) in den Einzelplänen 31 bis 45 (Bezirkshaushaltspläne) unverändert.

II.

§ 2 wird wie folgt gefasst:

§ 2
Änderungen des Haushaltsgesetzes 2018/2019

(1) Dem § 5 des Haushaltsgesetzes 2018/2019 wird folgender Absatz 3 anfügt:

„Auf Beschluss des Hauptausschusses können die nötigen Verpflichtungen eingegangen werden, um einen Unternehmensvertrag mit den Berliner Bäder-Betrieben abzuschließen.“

(2) Dem § 7 des Haushaltsgesetzes 2018/2019 wird folgender Absatz 6 angefügt:

„Greift das Land zu einer Aufstockungsfinanzierung, indem es bestehende bezirkliche Leistungen hinsichtlich einzelner bezirklicher Projekte durch oder aufgrund des Haushaltsgesetzes verstärkt, ist eine Absenkung der bisherigen bezirklichen Leistungen weder im Ansatz noch in der Auskehrung zulässig.“

(3) Nach § 14 des Haushaltsgesetzes 2018/2019 wird folgender § 14a eingefügt:

„§ 14a
Zuführungen an das Sondervermögen „Berliner Versorgungsrücklage“

Die Senatsverwaltung für Finanzen wird ermächtigt, mit vorheriger Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses dem Sondervermögen „Berliner Versorgungsrücklage“ zusätzliche Haushaltsmittel zuzuführen, die über die bei Kapitel 2940 Titel 42400 und 43400 veranschlagten Haushaltsansätze hinausgehen. Die zusätzlichen Ausgaben stellen keine Mehrausgaben im Sinne des § 37 LHO dar.“

III.

Ermächtigungen, Ersuchen, Auflagen und sonstige Beschlüsse aus Anlass der Beratung des Nachtragshaushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2018/2019 – Auflagen zum Nachtragshaushalt 2018/2019 –:

1. Die Senatsverwaltung für Finanzen wird aufgefordert, in bezirklichen Einzelplänen Sperren auszubringen und die entsprechenden Beträge über eine Basiskorrektur abzusetzen, soweit Bezirke Absenkungen im Sinne des § 7 Absatz 6 HG vornehmen und zwar in deren doppelter Höhe.

2. Der Senat legt dem Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses zum 31. März 2019 ein Konzept vor, das hinsichtlich der Charité – Universitätsmedizin Berlin folgende Aspekte ggf. durch Gesellschafterweisung umsetzt:

   a) die Anhebung der Ausbildungsvergütung für Psychotherapeuten auf monatlich 850 Euro sowie den Erlass des Schulgeldes für Physiotherapeuten, Logopäden und Diätassistenten des 2. und 3. Ausbildungsjahres.

3. Auflagen zum Einzelplan 25

   a) Dem Hauptausschuss ist bis zur Sommerpause 2019 qualifiziert darzustellen, wie die Verpflichtungsermächtigungen (VE) im Einzelplan 25 (im Doppelhaushalt 2018/2019 sowie im Nachtragshaushalt) in Anspruch genommen werden. Die Senatsverwaltung für Finanzen wird aufgefordert, insoweit nicht benötigte VEs zu sperren.

## B. Das Zahlenwerk wird wie folgt geändert

| Lfd. Nr. | Seite des Entwurfs NHG 18/19 | Entwurf Haushaltsplan 18/19 Ansätze in € | Ansatz/Verpflichtungsermächtigung mehr (+) weniger (-) in € | a) Begründung zum Änderungsantrag<br>b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan<br>c) Haushaltsvermerke |
|---|---|---|---|---|
| 1.. | - | **Kapitel 0300 - Titel 68629**<br>Fonds für außergewöhnliche touristische und sportbezogene Maßnahmen<br><br>Ansatz 2018 1.000.000<br><br>Ansatz 2019 1.000.000 | <br><br><br>**- 1.000.000**<br><br>**- 1.000.000** | *a) Begründung:*<br><br>Laut RN 1274[1] ist in dem Kapitel 0300 - Titel 68629 der Fonds für außergewöhnliche touristische und sportbezogene Maßnahmen des Regierenden Bürgermeisters eingestellt. Der Zweck der Förderung „außergewöhnlicher touristischer und sportbezogener Projekte“ ist sehr unspezifisch bzw. allgemein gehalten. Es erweckt daher den Eindruck ein „Selbstbedienungsladen“ für Wahlkampfzwecke des Regierenden Bürgermeisters zu sein. Der Fonds ist daher abzulehnen und überflüssig. |
| 2. | S.165 in Band 3/ EP 03 | **Kapitel 0340 - Titel 68560**<br>Zuschuss an das Leibniz- Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung (Museum für Naturkunde - MfN)<br><br>Ansatz 2018 15.634.000<br><br>Ansatz 2019 16.607.000<br><br>Verpflichtungsermächtigung (2020 bis 2028):<br><br>Ansatz 2019 0 | <br><br>**+/- 0**<br><br>**+/- 0**<br><br><br><br>**+ 327.500.000** | *a) Begründung:*<br><br>Laut RN 1605 gilt[2]:<br>„Die Umsetzung der geplanten Baumaßnahmen im Zuge der mit dem Bund angedachten Sonderfinanzierung i. H. v. insgesamt rund 660 Mio. € befindet sich derzeit in der Prüfung. Im Bundeshaushalt ist hierfür eine Verpflichtungsermächtigung (VE) i. H. v. 327,5 Mio. € für den Zeitraum 2020 – 2028 vorgesehen. Diese VE ist bis zum Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Berlin über die jeweils hälftige Finanzierung gesperrt.“<br><br>Dies gilt es im Berliner Haushalt zu spiegeln.<br><br>b) *Erläuterung:* |

[1] „Der Fonds ist mit Finanzmitteln in Höhe von insg. 1 Mio. € p.a. ausgestattet. Da die Haushaltsberatungen zum Zeitpunkt der Einrichtung des Fonds bereits abgeschlossen waren, ist nach aktuellen Planungen beabsichtigt, die Mittel für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 wie folgt bereitzustellen: Jeweils 100.000,-- € werden aus dem Kapitel 0510 (Sport), Titel 68630 (Zuschüsse für besondere sportbezogene Projekte) sowie aus dem Kapitel 1320 (Wirtschaft), Titel 68629 (Zuschüsse für besondere touristische Projekte} nach § 50 Abs. 1 LHO zu Kapitel 0300 (Senatskanzlei), Titel 68629 umgesetzt. Hinzu kommen Mittel der Senatskanzlei in Höhe von 800.000,-- €. Die Mittelverwaltung und -bereitstellung erfolgt durch die Senatskanzlei. Es ist geplant, eine Übertragbarkeit der Mittel sicherzustellen.“ RN 1274 A, S.2; https://www.parlament-berlin.de/adosservice/18/Haupt/vorgang/h18-1274.B-v.pdf

[2] https://www.parlament-berlin.de/adosservice/18/Haupt/vorgang/h18-1605-v.pdf

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| | | | | Die Gesamtbaumaßnahme setzt sich aus mehreren getrennt voneinander zu realisierenden Baumaßnahmen, wie z.B. die Instandsetzung des Nordbaus oder die Schaffung eines Wissenschaftscampus mit der Humboldt-Universität, zusammen. Es ist von einer Veranschlagung verteilt über zehn Jahre auszugehen. Zur Umsetzung der umfangreichen Baumaßnahmen wird das Museum geeignete Strukturen aufbauen. Die Abfolge der Baumaßnahmen wird in einem sorgfältig und nachhaltig durch die Senatskanzlei – Wissenschaft und Forschung - zu begleitenden Prozess klar definiert, zeitlich geordnet und aufeinander aufbauend organisiert und ist im Rahmen der beginnenden Haushaltsberatungen für die Haushalte ab 2020 zu erörtern. Dabei soll der bereits eingeleitete 3. Bauabschnitt zur Ertüchtigung insbesondere der historischen Bausubstanz des Hauptgebäudes und einiger Flügel des Museums prioritär behandelt werden. Die Mittel des Bundes und des Landes im Sinne einer Anteilsfinanzierung sollen jeweils hälftig nur in der Höhe abfließen, in der das Museum gemeinsam mit der Humboldt-Universität einen baufachlichen Bedarf in prüffester Weise dargestellt hat.<br><br>*c) Qualifizierte Sperre:*<br><br>Die VE ist gesperrt bis zwischen dem Bund und dem Land Berlin keine Verwaltungsvereinbarung über die jeweils hälftige Finanzierung geschlossen ist. |
| 3. | - | **Kapitel 0565 - Titel 82031 (neu)**<br>Investive Ausstattungen für die Berliner Feuerwehr<br><br>Verpflichtungsermächtigung:<br>Ansatz 2018 0<br><br>Ansatz 2019 0<br><br>VE 2019 0 | **+/- 0**<br><br>**+ 25.000.000**<br><br>**+ 60.000.000** | a) *Begründung zum Änderungsantrag*<br><br>Die investiven Ausstattungen der Berliner Feuerwehr müssen sichergestellt werden. Der Roten Nummer 266 A ist zu entnehmen, dass „Aussagen zum Sanierungsstau bzw. Investitionsbedarf […] neben dem Sektor Schule derzeit [nur] für die Bereiche Wissenschaft und Forschung/ Charité, eingeschränkt für den Tiefbau sowie für Justiz möglich [sind].“[3] Es ist daher damit zu rechnen, dass erhebliche Investitionsbedarfe insbesondere auch im Bereich der investiven Ausstattungen der Feuerwehr bestehen.<br><br>b) *Erläuterung:*<br>Die VE sind vorgesehen, um die investiven Ausstattungen für die Berliner Feuerwehr neben den Ansätzen im SIWANA sicherzustellen.<br><br>*c) Qualifizierte Sperre:*<br><br>Die VE sind gesperrt, bis die Definition der Zielvorgaben, die an die technische Ausstattung gestellt werden, erstellt ist.<br><br>c) *Übertragbarkeitsvermerk*<br><br>Die Ausgaben sind übertragbar. |

[3] RN 0266 C, Bericht SenFin – II LIP 3 – vom 11.10.2017, Gesamter Erhaltungs- und Erweiterungsinvestitionsbedarf im Öffentlichen Bereich Berlins und dessen Bedeutung für die einzelnen Ebenen der öffentlichen Finanzwirtschaft (gemäß dem Schalenkonzept) – Gesamtübersicht); https://www.parlament-berlin.de/adosservice/18/Haupt/vorgang/h18-0266.C-v.pdf

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 4. | S.56 | **Kapitel 1140 - Titel 68453 (neu)**<br>Zuschüsse für besondere Projekte der Arbeitsmarkt- und Berufspolitik<br><br>Verpflichtungsermächtigung:<br>Ansatz 2018 0<br>neu 0<br><br>Ansatz 2019 0<br>Neu 38.750.000<br><br>Jahresscheiben neu:<br>2019<br>2020 7.750.000<br>2021 7.750.000<br>2022 7.750.000<br>2023 ff 7.750.000<br>----------<br>38.750.000<br><br>Erläuterung:<br>Die VE sind vorgesehen für die schrittweise Umsetzung des Pilotprojektes Solidarisches Grundeinkommen (SGE), welches durch neue Beschäftigungschancen für Langzeitarbeitslose zur Verbesserung von Vermittlung, Beschäftigungsfähigkeit und Integration in Beschäftigung beitragen soll. Die VE umfasst den Brutto-Ausgabebedarf. Der Bund wird sich – nach erfolgter Rechtsänderung im SGB II – in noch nicht bekannter Höhe an den Ausgaben beteiligen. | **+/- 0**<br><br>**- 38.750.000**<br><br>**- 7.750.000**<br>**- 7.750.000**<br>**- 7.750.000**<br>**- 7.750.000**<br>----------<br>**- 38.750.000** | a) *Begründung zum Änderungsantrag*<br><br>Die Maßnahme ist nicht zielführend und dient lediglich als Wahlkampfgeschenk der SPD und des Regierenden Bürgermeisters. |
| 5. | S.20<br>in Band 12/ EP 12 | **Kapitel 1200 - Titel 52501**<br>Aus- und Fortbildung<br><br>Ansatz 2018 95.000<br><br>Ansatz 2019 95.000 | **+/- 0**<br><br>**+ 15.000** | a) *Begründung zum Änderungsantrag*<br><br>Der Qualifizierungsbedarf wird u.a. aufgrund des Bestrebens der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) herbeizuführen, ansteigen. Eine Antizipation der **Doppik** auf Landesebene ist denkbar. Neben der Doppik-Methoden-Kompetenz ist daher auch die Veränderungs-Kompetenz (Change-Management-Fähigkeit) zu stärken.<br><br>b) *Titelerläuterung*<br><br>Bis zu 15 Tsd. € für Fortbildungen zum Thema IPSAS/EPSAS, Doppische Haushaltsführung und Veränderungs-Management. Hierbei sind u.a. die Erfahrungen der Länder Hamburg und Bremen im Umgang mit der doppischen Methodik zu berücksichtigen.<br>*(verbindliche Erläuterung)* |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 6. | S.20<br>in Band 12/ EP 12 | **Kapitel 1200 - Titel 52610**<br>Gutachten<br><br>Ansatz 2018 70.000<br><br>Ansatz 2019 70.000 | <br><br>**+/- 0**<br><br>**+ 50.000** | a) *Begründung zum Änderungsantrag*<br><br>Die Stiftung Marktwirtschaft veröffentlichte im Dezember 2016 eine weltweit beachtete Studie über „**Die fiskalischen Auswirkungen ungesteuerter Zuwanderung**“.<br><br>Sie kam zu dem Schluss, dass *„[d]ie langfristigen Kosten der Flüchtlingswelle […] sich auf rund **878 Milliarden Euro** [belaufen werden]. Jährlich sind dies Kosten in Höhe von 15,2 Milliarden Euro.*“ [4] Mittlerweile hat der Bund schon 20 Mrd. € jährlich zu stemmen. Dazu kommen noch die Länder, z.B. allein Berlin zusätzlich noch 750 Mio. € jährlich.<br><br>Doch der Senat kann bislang keine Einschätzung darüber abgeben, *„wie sich die von den Verfassern auf Grundlage dieser Annahmen errechneten Zahlen auf den Bund und einzelne Länder verteilen […] [und] verwendet die Studien [daher] nicht für seine Finanzplanung.*“[5]<br><br>Es gilt, die offenen Fragen für Berlin zu klären, um diese existenziellen, strategischen fiskalischen und gesellschaftlichen Risiken u.a. in der Finanzplanung berücksichtigen zu können.<br><br>Dem ist der tatsächliche Erhaltungs- und Investitionsbedarf des öffentlichen Bereiches Berlins entgegenzustellen. Da sich der Senat auch hierzu sehr schwer tut belastbare Aussagen zu treffen, sollte dies wissenschaftlich neutral begutachtet werden.[6]<br><br>b) *Titelerläuterung*<br><br>Mit bis zu 25 Tsd. Euro jährlich soll in Form eines Gutachtens wissenschaftlich die Frage geklärt werden, wie hoch unter Zugrundelegung alternierender Prämissen der **Gesamte Erhaltungs- und Erweiterungs-Investitionsbedarf** des Öffentlichen Bereichs Berlins gemäß Schalenkonzept ist.<br>Mit bis zu 25 Tsd. Euro jährlich soll in Form eines Gutachtens wissenschaftlich die Frage geklärt, wie sich die ungesteuerte Zuwanderung fiskalisch und auf Fragen der Stadtentwicklung auf bzw. für Deutschland und daraus abgeleitet auf Berlin aus- |

[4] Stiftung Marktwirtschaft, 2016, Die fiskalischen Auswirkungen ungesteuerter Zuwanderung; https://www.stiftung-marktwirtschaft.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/Kurzinformation_Migration_2016.pdf
[5] Drs. 18/12123, Antwort auf Schriftliche Anfrage von Dr. Brinker (AfD) vom 21.08.17 zu Thema: Implizite Staatsschulden - Wie entwickelt sich die Generationenbilanz von Berlin? - Teil 2; http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-12123.pdf
[6] RN 0266 C, Bericht SenFin – II LIP 3 – vom 11.10.2017, Gesamter Erhaltungs- und Erweiterungsinvestitionsbedarf im Öffentlichen Bereich Berlins und dessen Bedeutung für die einzelnen Ebenen der öffentlichen Finanzwirtschaft (gemäß dem Schalenkonzept) – Gesamtübersicht); https://www.parlament-berlin.de/adosservice/18/Haupt/vorgang/h18-0266.C-v.pdf

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| | | | | wirkt. Dabei sind u.a. das Konzept der Generationenbilanz und die Studie „**Die fiskalischen Auswirkungen ungesteuerter Zuwanderung**“[7] der **Stiftung Marktwirtschaft** als Ausgangsbasis der Betrachtung heranzuziehen.<br>*(verbindliche Erläuterung)*<br><br>c) *Übertragbarkeitsvermerk*<br><br>Die Ausgaben sind übertragbar. |
| 7. | S.60 | **Kapitel 1250 - Titel 70182**<br>Modulare Gebäude zur Unterbringung von Flüchtlingen<br><br>Ansatz 2018 0<br><br>Ansatz 2019 0<br><br>VE 2018: 0<br><br>VE 2019: 85.000.000 | <br><br><br><br><br><br>**+/- 0**<br><br>**- 85.000.000** | a) Die Errichtung weiterer Modularer Unterkünfte für „Asylbegehrende“ ist nicht notwendig. Außerdem soll die Signalwirkung an Schlepper vermieden werden, in Berlin gäbe es überschüssige Kapazitäten und wer es schafft illegal ins Land zu kommen, könne damit rechnen in Berlin bleiben zu können. |
| 8. | S.120<br>in Band 13/ EP 13 | **Kapitel 1350 - Titel 52501**<br>Aus- und Fortbildung<br><br>Ansatz 2018 3.000<br><br>Ansatz 2019 3.000 | <br><br><br>**+/- 0**<br><br>**+ 10.000** | a) *Begründung*<br><br>Ein wichtiger Prozessinnovationstreiber im öffentlichen Sektor wird die Einführung der **Doppik auf Landesebene** sein.<br>Daher ergibt sich besonderer Qualifizierungsbedarf, der u.a. auch durch das Bestreben der EU-Kommission, die Harmonisierung des Haushaltsrechts durch die Einführung der sogenannten European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) herbeizuführen, getrieben wird. Neben der Doppik-Methoden-Kompetenz ist auch die Veränderungs-Kompetenz (Change-Management-Fähigkeit) zu stärken, die Mitarbeiter des öffentlichen Sektors durch kompetente Führung auch im Prozess der Doppik-Umstellung „mitgenommen“ werden müssen.<br><br>b) *Titelerläuterung*<br><br>Bis zu 10 Tsd. € jährlich für Fortbildungen zum Thema IPSAS/EPSAS, Doppische Haushaltsführung und der Kompetenz zum Change-Management.<br>*(verbindliche Erläuterung)* |

[7] Stiftung Marktwirtschaft, KURZINFORMATION, Berlin, Dezember 2016, Die fiskalischen Auswirkungen ungesteuerter Zuwanderung; https://www.stiftung-marktwirtschaft.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/Kurzinformation_Migration_2016.pdf

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 9. | S.120<br>in Band 13/ EP 13 | **Kapitel 1350 - Titel 52610**<br>Gutachten<br><br>Ansatz 2018 140.000<br><br>Ansatz 2019 140.000 | <br><br>**+/- 0**<br><br>**+ 150.000** | b**)** *Titelerläuterung*<br><br>In Höhe von bis zu 150 Tsd. € sind Gutachten zu folgenden Bereichen zu erstellen:<br><br>1. Notwendigkeit und Kosten von Schallschutzmaßnahmen im Falle einer temporären und dauerhaften Offenhaltung des Flughafen Tegels.<br><br>2. Die Bedeutung des Flughafensystems der Metropolregion Berlin-Brandenburg unter Einschluss von BER und TXL für die wirtschaftliche Integration Europas insbesondere vor dem Hintergrund des LCC-Marktes für die Entfaltung der Personenfreizügigkeit innerhalb der EU.<br><br>3. Beantwortung der Frage: Wie kann das Verständnis dafür gestärkt werden, dass **Privateigentum**, Eigeninitiative und **Wettbewerb** – gekoppelt mit verantwortungsvollem Handeln – die tragenden Säulen für eine gesunde Volkswirtschaft und eine **gerechte Sozialordnung** innerhalb Europas (und darüber hinaus) sind und daher alle Leistungswilligen aller Lebens- und Arbeitsbereiche angemessen zu fördern sind?<br><br>c) *Übertragbarkeitsvermerk*<br><br>Die Ausgaben sind übertragbar. |
| 10. | S.68 | **Kapitel 2990 - Titel 35904 (neu)**<br>Entnahme aus der Rücklage für die S-Bahn-Fahrzeuggesellschaft<br><br>[…]<br><br>Erläuterung:<br>Geschäftszweck der Gesellschaft ist der Erwerb von S-Bahn-Fahrzeugen | **+/- 0**<br><br>**+/- 0** | a) *Begründung zum Änderungsantrag*<br><br>Ohne nötige Transparenz und Kontrolle sollten keine Gelder an die S-Bahn-Fahrzeuggesellschaft übertragen werden.<br><br>*c) Qualifizierte Sperre:*<br><br>Entnahmen aus der Rücklage für die S-Bahn-Fahrzeuggesellschaft sind nur möglich, wenn die S-Bahn-Fahrzeuggesellschaft eine Prüfvereinbarung mit dem Landesrechnungshof von Berlin unterschrieben hat. |
| 11. | S.316<br>in Band 14/ EP 29 | **Kapitel 1350 - Titel 52610 (neu)**<br>Gutachten<br><br>Ansatz 2018 0<br><br>Ansatz 2019 0 | <br><br>**+/- 0**<br><br>**+ 100.000** | b**)** *Titelerläuterung*<br><br>In Höhe von bis zu 100 Tsd. € sind Gutachten zu folgenden Bereichen zu erstellen:<br><br>1. Forensisches Gutachten zum Geschäftsbetrieb der FBB GmbH und insbesondere der Planung und dem Bau des Großflughafens BER.<br><br>2. Beantwortung der Frage: Wie kann das Verständnis dafür gestärkt werden, dass **Privateigentum**, Eigeninitiative und **Wettbewerb** – gekoppelt mit verantwortungsvollem Handeln – die tragenden Säulen für eine gesunde Volkswirtschaft und eine **gerechte Sozialordnung** innerhalb Europas (und darüber |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| | | | | hinaus) sind und daher alle Leistungswilligen aller Lebens- und Arbeitsbereiche angemessen zu fördern sind?<br><br>c) *Übertragbarkeitsvermerk*<br>Die Ausgaben sind übertragbar. |
| 12. | | **Kapitel 2990 - Titel 86146 (neu)**<br>Gesellschafterdarlehen an die HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH<br><br>[…]<br><br>Erläuterung:<br>Gewährung von Gesellschafterdarlehen an die HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH für Zwecke im<br>Zusammenhang mit der Berliner Schulbauoffensive. | **Titel-Bezeichnung:**<br>*Eigenkapitalersetzendes* Gesellschafterdarlehen an die HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH<br><br>**+/- 0**<br><br>**+/- 0** | a) *Begründung zum Änderungsantrag*<br><br>Ohne nötige Transparenz und Kontrolle sollten keine Gelder an die HOWOGE zum Zwecke des Schulbauoffensive übertragen werden.<br><br>b) *verbindliche Erläuterung:*<br><br>Gewährung von eigenkapitalersetzenden Gesellschafterdarlehen an die HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH für Zwecke im<br>Zusammenhang mit der Berliner Schulbauoffensive.<br><br>*c) Qualifizierte Sperre:*<br><br>Gewährungen von eigenkapitalersetzenden Gesellschafterdarlehen an die HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH für Zwecke im<br>Zusammenhang mit der Berliner Schulbauoffensive sind nur möglich, wenn die HOWOGE eine Prüfvereinbarung mit dem Landesrechnungshof von Berlin unterschrieben hat. |
| 13. | S.281 | **Kapitel 2902 - Titel 57500**<br>Zinsen für sonstige Kreditmarktmittel<br><br>Ansatz 2018 1.342.640.000<br>Ansatz 2019 1.346.570.000 | **+ 1.000.000**<br>**- 24.325.000** | a) *Begründung zum Änderungsantrag*<br><br>Gegenfinanzierung |

Abgeordnetenhaus BERLIN

**Drucksache 18/1440 Neu-2**
12.12.2018

18. Wahlperiode

Berlin, 12. Dezember 2018

Pazderski Dr. Brinker Hansel
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion